



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Die neueste Wendung der österreichischen Angelegenheiten. 1.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

Schwiegersohn des vormaligen Justizministers v. d. Decken, von dem Neffen des Landdrosten Wermuth u. s. w. keine Spur von Neigung erwarten kann, auf die legislativen Reformbedürfnisse des Landes einzugehen. Windthorst und Genossen konnten doch früher oder später durch einen hinlänglich starken Druck von unten vielleicht dahin gebracht werden, die Nothwendigkeit dieser und jener liberalen Maßregeln beim König ernstlich zu vertreten, und wenn dieser sie dann eben des Druckes der Massen halber nur um so zweifelloser für unentbehrlich erachten mußte, so eröffnete sich eine entfernte Aussicht, das eine oder andre Zugeständniß zu erzwingen. Baczmeister und Genossen hingegen bedeuten so viel als die Gewißheit, daß der Staatsstreich von 1855 und seine Consequenzen schlechterdings nicht zurückgenommen werden sollen. Das Land hat sich also zu fragen, ob es die allerdings nicht zu verkennenden Opfer eines längeren Verfassungskampfes auf sich nehmen, oder ob es sich in den herausfordernden Entschluß des Hofes, die Frucht des hildesheimer Hoflagers, ergeben will. Wenn die hannoverschen Liberalen und ihre Führer nur noch sind, was sie 1857 waren, als R. v. Bennigsen zuerst auf die Bühne trat, so kann die Wahl nicht zweifelhaft sein. Es mag zwar mitunter den Anschein gewinnen, wie wenn auch der hannoversche Liberalismus den Grafen Bismarck mehr hasse und fürchte als seinen Todfeind im eignen Hause, die particularistische Reaction; allein wir sind überzeugt, daß dieser Schein, durch eine ganz zufällige Vorschlebung untypischer Persönlichkeiten hervorgerufen, bei der ersten ernststen Entscheidung spurlos verschwinden wird.

## Die neueste Wendung der österreichischen Angelegenheiten.

### 1.

Das alte Oestreich war im Jahre 1848 zu Grunde gegangen. Die Bändigung der Revolution, weit entfernt die Herstellung der alten Zustände nach sich zu ziehen, gab der Regierung nur die Autorität wieder, deren sie bedurfte, um die Auflösung der Monarchie in ihre Grundelemente zu hindern, und um die Frist, welche die Abspannung der durch Aufruhr und Krieg erschöpften Völkerschaften gewährte, zu dem Versuche einer Wiederherstellung des Staates auf neuen Grundlagen zu benutzen. Die Richtung, in der sich diese Versuche

bewegen mußten, ergab sich aus der Natur des Uebels, das man zu bekämpfen hatte, von selbst. Die Existenz des Staates war gefährdet worden durch das Streben der einzelnen zu ihm gehörigen Völker nach einem selbständigen politischen Dasein. Die aus den Stürmen der Revolution siegreich hervorgegangene Staatsgewalt konnte also nur das eine Ziel verfolgen, den Individualismus der Nationalitäten durch die Staatsidee zu überwinden, den Selbständigkeitstrieb der Stämme, denen nur die Beziehungen zum Hause Habsburg gemeinsam waren, durch Gründung eines straffen Einheitsstaates zu bändigen. Das Ringen nach diesem Ziele ward fortan Oestreichs Lebensaufgabe. Auf welchem Weg war aber dies Ziel zu erreichen? Der Einheitsgedanke hatte seine erste Probe in einem siegreichen Kriege in Italien und in der gewaltsamen Niederwerfung des ungarischen Aufstandes bestanden. War es da zu verwundern, wenn man die Neuschöpfung auf die Macht zu gründen suchte, der man die Erhaltung des Ganzen verdankte? Oestreich wurde eine Militärmonarchie mit streng centralistischer Tendenz. Darin, daß es zugleich den Kampf gegen die Ideen aufnahm, welche das neunzehnte Jahrhundert bewegten, unterschied es sich wenig von dem metternichschen Oestreich. Dennoch war sein Verhältniß zu jenen Ideen und den Kräften, welche ihnen dienten, ein anderes geworden. Das neue Oestreich mußte diese ihm entschieden feindlichen Kräfte unterdrücken, und doch konnte es derselben nicht entbehren; denn unwiederbringlich waren die goldenen Tage vorüber, wo die Kaiserstadt in behaglicher Ruhe dem reichen Genuße der Gegenwart sorglos sich hingeben konnte. Oestreich mußte kämpfen, es mußte Wacht gegen den eiferlüchtigen Nachbar im Norden halten; es mußte jeden Augenblick bereit sein, am Po das Schwert zu ziehen. Daher bedurfte es nicht nur gewaltiger Geldmittel, sondern auch des Beistandes der lebendigen Kräfte, die es doch glaubte auf jede Weise unterdrücken zu müssen. An diesem innern Widerspruch ging das System zu Grunde. Die erste ernste Niederlage machte klar, daß auf dem eingeschlagenen Wege nicht weiter zu regieren sei.

Es war in dieser Lage gewiß ein richtiger Gedanke, der Nation Leben einzuhauchen dadurch, daß man sie zur Trägerin der politischen Idee machte, auf der das neue Oestreich beruhte. Konnte es eine festere Grundlage, einen schärferen Ausdruck der Reichseinheit geben, als eine einheitliche mit den Attributen moderner Parlamente ausgerüstete Volksvertretung? Der Versuch, die Ziele Schwarzenbergs und Bachs mit liberalen Mitteln zu verfolgen, hatte etwas Blendendes und Bestechendes. Die Staatsidee schien im Begriff, vermitteltst einer großartigen Combination über den sprödesten Stoff zu triumphiren, die feindseligsten Elemente zu gemeinsamem Wirken zusammenzufassen.

Und wer wollte verkennen, daß seit dem Erlaß des Februarpatentes in der That ein frischeres Leben durch Oestreich pulsrte, daß eine Fülle bis dahin ruhender Kräfte erweckt und in den Dienst des Staates gerufen wurden? Und

doch wurde sehr bald klar, daß der neue Versuch verfehlt war. Man hatt Jahre lang Ungarn als eroberte Provinz behandeln können; die Ungarn ertrugen Belagerungszustand und den furchtbarsten Steuerdruck und harrten geduldig des Augenblicks, wo Oestreich ihrer bedürfen würde. Der Augenblick war jetzt gekommen. Ihr einfaches Nein entschied über das Schicksal des Schmerlingschen Verfassungsstaates; denn Schmerling war nicht im Stande ihr Nein in ein Ja zu verwandeln. Die beiden Gegner, Schmerling und Ungarn, würden indessen wahrscheinlich noch lange in starrer Unbeweglichkeit sich gegenübergestanden haben, wenn nicht von einer anderen Seite der Anstoß gekommen wäre: Schmerlings Stellung wurde zuerst erschüttert durch den verhängnißvollen Widerspruch, in dem seine Centralisationsbestrebungen zu seiner deutschen Politik standen. Die beabsichtigte Bundesreform scheiterte an der negativen Haltung Preußens, und zugleich bewies der Verlauf der Fürstencorferenz, daß Oestreich für die Verfolgung seiner aggressiven Politik nicht einmal auf den unbedingten Beistand der preußenfeindlichen Cabinete mit Sicherheit rechnen konnte. Der Rückzug vollzog sich geräuschlos, aber die erlittene Niederlage war entscheidend. Die Theilnahme Oestreichs an dem Kriege gegen Dänemark war bereits das Ergebnis eines allerdings unfreiwilligen, aber gründlichen Bruches mit der alten Tradition. Alle Versuche, durch Einlenken in die alten Bahnen die verlorene Stellung wieder zu gewinnen, scheiterten, weil es Oestreich an jedem Stützpunkt für eine erneute Opposition gegen Preußen fehlte. Denn die Mittelstaaten, mit deren Hilfe Oestreich die Schwentung zu vollziehen hoffte, erwiesen sich als so schwach und unzuverlässig, so jedes festen Zusammenhanges unter einander entbehrend, daß Oestreich darauf verzichten mußte, durch ein Eingehen auf die Triaspolitik den Folgen der preußischen Allianz sich zu entziehen. Das veränderte Verhältniß zu Preußen kann nun, aufrichtig gepflegt und richtig benützt, nur als ein Gewinn für Oestreich angesehen werden; für Schmerling dagegen war die Allianz eine Niederlage, die seine Stellung auch nach andern Seiten hin erschüttern und endlich seinen Fall herbeiführen mußte. Sein gutes Einvernehmen mit den deutsch-österreichischen Liberalen war schon längst getrübt: er war hinter den Erwartungen derselben zurückgeblieben; er wurde gedrängt, ein bedenkliches Symptom in einem jugendlichen Verfassungsstaate, in dem die alte absolutistische Tradition noch keineswegs ein überwundener Standpunkt, sondern eine sehr reelle Macht ist. Im Allgemeinen aber war der österreichische Liberalismus mit den Zielen sowohl seiner deutschen wie seiner Centralisationspolitik einverstanden. Das Aufgeben der Mittelstaaten, die Verbindung mit Preußen, Thatsachen, die in offenkundigem Gegensatz zu Schmerlings System standen, bewiesen, daß ihm die Zügel entschlüpft waren, und damit schwand der Rest des Vertrauens, das man zu ihm gehabt hatte. Die Opposition im Reichsrathe wurde schärfer und schärfer; warum sollte man einen Minister schonen, dem die

Macht entwunden war, dessen Stimme in einer der wichtigsten Angelegenheiten kaum noch gehört wurde?

Dazu kam nun aber allerdings, wie manche Reden in der abgelaufenen Session darthun, daß vielen Mitgliedern der liberalen Partei selbst allmählig das schroffe Verhältniß zu Ungarn anfing unheimlich zu werden. Das mehrfach ausgesprochene Wort: Versöhnung mit Ungarn — mußte bedenklich in Schmerlings Ohren klingen. Man forderte mehr von ihm, als er zu leisten vermochte. Aber auch diejenigen, welche das Wort aussprachen, waren unfähig zu rathen und zu helfen, es war in ihrem Mund nur eine Phrase. Mit wenigen Ausnahmen hatte die liberale Partei die Illusion des Meisters getheilt, daß das constitutionelle Oestreich leichter Ungarns, als dieses des constitutionellen Oestreichs entbehren könne. Man begann den Irrthum einzusehen, wußte aber nicht, wie man seine Folgen wieder gut machen sollte. Man wies auf die Nothwendigkeit baldiger Verhandlungen mit dem ungarischen Reichstage hin, bedachte aber nicht, daß der scheinbare Triumph der Verfassung, die Vollendung des weiteren Reichsrathes die Anknüpfung freundschaftlicher Verhandlungen unermesslich erschwert hatte. Denn die Berufung auf vollendete Thatfachen, so vortheilhaft sie der Schwäche und Nachgiebigkeit gegenüber ist, konnte auf einen Gegner von der Kraft, Zähigkeit und Planmäßigkeit der Ungarn nur die Wirkung ausüben, sie in ihrem Widerstande zu bestärken. Sie sahen sich gegenüber nur Ansprüche, die sie verabscheuten, aber durchaus keine Kraft, die ihnen imponirte.

Die Krisis war vorhanden; ein längeres Hinausschieben derselben war bei der schwer bedrohten europäischen Stellung des Reiches unmöglich: war es unvermeidlich, daß die Krisis mit einer Katastrophe endete? daß Verfassung und Reichseinheit in Frage gestellt, oder vielmehr preisgegeben wurden, um den Frieden im Innern wiederherzustellen? Daß man überhaupt die Frage stellen kann, ob man, um das Leben des Staates zu retten, nothwendig die wesentlichste Lebensbedingung opfern mußte, das ist die schwerste Anklage, nicht gegen Schmerlings Ziel, wohl aber gegen seine Methode. Aber nicht Schmerling und die österreichischen Constitutionellen allein trifft dieser Vorwurf; den größten Theil der Schuld tragen vielmehr die Männer, deren Erbschaft in gewissem Sinne Schmerling angetreten hat, die Schwarzenberg und Bach, die auf den Trümmern der ungarischen Freiheit mit roher Gewalt die Einheit des Reiches gründen wollten, die was stark und kräftig im Kaiserstaat war lähmten und so weit sie es vermochten vernichteten, um es beherrschen zu können. Was blieb zuletzt übrig, nachdem man das große Ziel, dem man zustrebte, durch Anwendung der zweckwidrigsten Mittel compromittirt hatte, als dies Ziel selbst aufzugeben und zu versuchen, ob unter dem Schutt des eingestürzten Baues die Grundsteine zu einem soliden Neubau zu finden sein werden.

Das Experiment ist neu; das kann ihm niemand absprechen. Denn das

Manifest und das Patent vom 20. September stehen auf einem Standpunkt den weder unter Metternich noch in früheren Zeiten die österreichische Regierung jemals eingenommen hat. Sie hat, wo sie gehandelt hat, oft fehlerhaft und kurzfristig gehandelt, sie hat häufiger noch gar nicht gehandelt und die Dinge gehn lassen, wie sie gehn wollten, sie hat mehr schlau als weise die Rivalität der Stämme als Bindemittel für das Zusammenhalten des Ganzen benutzt; sie hat ihre Aufgabe schlecht gelöst, hat aber doch nicht ihre Pflicht verleugnet, sie zu lösen. Die jetzige Regierung hat sich zu diesem Schritte verstanden. Nachdem eine furchtbare Katastrophe den Staat gezwungen hat, mit Ausbietung aller Kräfte das Versäumte nachzuholen, nachdem man erkannt hat, daß die gemeinsame Beziehung auf die Person des Kaisers nicht mehr ausreicht, um die Centrifugalkraft der Stämme zu überwinden, nachdem man nothgedrungen zu der Gründung gemeinsamer reichsständischer Institutionen seine Zuflucht genommen hat, verwirft das neue Ministerium die bisher angewandten, allerdings noch nicht bewährten Mittel. Da es aber kein neues Mittel an die Stelle der aufgegebenen setzt, weil es keine andern Mittel giebt, so geht es weit über den vormärzlichen Standpunkt zurück. Ist es anerkannt, daß ohne gemeinsame Verfassung keine Reichseinheit zu gründen ist, so verzichtet auf die Reichseinheit, wer die Verfassung verwirft. Daß aber der Vorbehalt, der in dem Ausdruck Suspension liegt, ganz bedeutungslos ist, liegt auf der Hand. Denn den Urhebern des Septemberpatentes ist doch gewiß nicht die abenteuerliche Absicht zuzutrauen, den Völkern es selbst zu überlassen, wie sie sich untereinander und mit dem Staate abfinden wollen, falls ihr Experiment sich nicht bewähren sollte, zu dem Schmerlingschen Apparat zurückzukehren; aber auch Schmerling dürfte wenig Neigung verspüren, das einmal gescheiterte Werk mit geschwächten Kräften wieder aufzunehmen.

Es kann daher kein Zweifel darüber bestehen: nach der dem föderalistischen Princip einmal gemachten Concession kann man nicht ohne Weiteres wieder zu einem centralisirenden System übergeben: man wird im glücklichsten Fall nur auf weiten Umwegen in die verlassene Bahn zurückkehren können. Dagegen würde man sich sehr täuschen, wenn man glauben wollte, daß die neue Wendung der Dinge in Wirklichkeit einem Siege des Föderalismus gleich zu achten sei. Daß die leitenden Persönlichkeiten auf einen möglichst aristokratisch und so weit sich dies verträgt absolutistisch gefärbten Föderalismus hinarbeiten, ist unzweifelhaft. Aber ganz abgesehen davon, daß die Tendenzen, die sich in Oestreich unter dem Namen Föderalismus verstecken, gar kein positives Princip, sondern die Negation jedes Principis sind, ist die Bedeutung des Septemberpatentes nicht nach den Wünschen seiner Urheber, sondern nach dem Motive zu beurtheilen, das an höchster Stelle den Ausschlag gegeben hat. Dies Motiv ist aber offenbar die Rücksicht auf Ungarn. Die Auseinandersetzung mit den

dringenden Forderungen Ungarns, nicht mit den Phantasten der Slaven, ist eine Lebensfrage für den Staat. Die Consequenzen des Septemperpatentes werden nach dem natürlichen Verlaufe der Dinge (und es ist nicht wohl einzusehen, wie man hindernd in denselben eingreifen will) also Ungarn zu Gute kommen.

Die Thatsache muß aber, bei Berücksichtigung der Umstände, unter denen sie sich vollzogen hat, als bedenklich erscheinen. Eine weise Staatskunst würde kein Opfer gescheut haben, Ungarn für die Einheitsidee zu gewinnen. Man hat dies unterlassen, und sieht sich jetzt genöthigt, die Entscheidung über die Reichseinheit in die Hände Ungarns zu legen. Die Regierung hat vor dem Beginne der Verhandlungen sich für den schwächeren, den besiegten Theil erklärt. Sie muß sich die Bedingungen des Vergleiches von Ungarn als dem stärkeren Theile dictiren lassen. Denn eine Grenze für die Ungarn zu machenden Zugeständnisse liegt allein in dem Princip der Reichseinheit. Dies Princip aber hat die Regierung höchstens mit einigen unbestimmten Phrasen gewahrt, thatsächlich aber aufgegeben. Gesezt nun, daß, wie sehr wahrscheinlich ist, die Forderungen der Ungarn über das Maß dessen hinausgehen werden, was man in Wien glauben wird gewähren zu können, wird man dann im Stande sein, nachdem man sich soeben für besiegt erklärt hat, den Kampf gegen Ungarn wieder aufzunehmen? Ein solcher Kampf kann nur dann mit einiger Aussicht auf Erfolg geführt werden, wenn es gelingt, die Gesammtheit der übrigen Bevölkerung zu einem hartnäckigen, opferfreudigen und begeisterten Widerstand gegen Ungarn zu vereinigen. Dies ist Schmerling nicht gelungen, und Graf Belcredi wird sich nicht mit der Hoffnung schmeicheln dürfen, das zu erreichen, was Schmerling nicht erreicht hat. Er sucht sich gegenwärtig auf alle die Elemente zu stützen, die den Einheitsstaat nicht wollen. Eine Negation ist aber für eine Partei ein Bindemittel von sehr zweifelhaftem Werthe. Ein inneres Band zwischen Ungarn und Slaven existirt gar nicht; sie sind im Gegentheil principiell die erbittertsten Gegner. Auch der Schein eines Zusammenhanges wird schwinden, sobald das Ministerium genöthigt sein wird, eine entschiedene Wahl zu treffen zwischen den beiden in ihm vereinigten Richtungen, der magyarisch-dualistischen und der slavisch-föderalistischen. Wenn, wie es wahrscheinlich, weil für Oestreich nothwendig, ist, die Entscheidung für Ungarn ausfällt, so werden Kroaten, Illyrier, alle jene Stämme, die seit langer Zeit gewöhnt sind, sich als die verzogenen Kinder der wiener Politik zu betrachten, mit leidenschaftlichem Haffe gegen die Regierung erfüllt werden. Auch Böhmen und alle die andern Kronländer, die den Anspruch erheben, den Kaiser einige Monate im Jahre in den Mauern ihrer Hauptstädte Hof halten zu sehen, werden wenig Freude über den Triumph der Ungarn empfinden. Gewiß wird also der Zeitpunkt eintreten, wo die Regierung, wenn sie wollte, eine stattliche slavische

Phalanx gegen Ungarn ins Feld führen könnte: eine zahlreiche, aber leider nur lose verbundene Schaar, die zu ihrem Führer wenig Vertrauen haben würde. Außerdem hätte aber eine jede derartige Combination den Nachtheil, die deutsche Bevölkerung auszuschließen. Denn die Deutschen wollen ebenso wenig von den slavischen, wie von den magyarischen Sonderbestrebungen etwas wissen; sie wollen, so weit sie überhaupt einen Willen haben, die Reichseinheit mit verfassungsmäßigen Institutionen. Sollte aber wirklich ein Theil der deutschen Liberalen, aus Haß gegen Ungarn und in schiefer Auffassung der auswärtigen Beziehungen Oesterreichs, ins föderalistische Lager übergehen, so würde auch dies die Lage der Dinge wenig verändern. Ein so schlagender Beweis von Schwäche und Haltungslosigkeit würde allerdings den politischen Ruf der Deutschen schwer compromittiren; der Abfall dieser Männer würde aber keineswegs den Föderalisten, sondern nur den Ungarn zum Vortheil gereichen, indem er den Keim der allergefährlichsten Spaltung in die einzige Partei legen würde, mit der die Ungarn wenigstens zu rechnen haben.

Das Ziel der Ungarn ist aber der Dualismus. Der bestimmteste Ausdruck dieses Dualismus wäre ein selbständiges ungarisches Ministerium. Vermittelt dieses Ministeriums würden sie unmittelbar das translepythianische Gebiet beherrschen; mittelbar aber würden sie ihre Herrschaft über die ganze Monarchie auszudehnen suchen. Denn daß zwischen den beiden Gliedern eines dualistischen Systems ein neutrales Verhältniß nicht bestehen kann, daß vielmehr jedes derselben das andere zu beherrschen trachten muß (falls es nicht gelingt, sie zu einer einheitlichen Existenz zu verschmelzen), liegt in der Natur der Dinge. So groß nun die Gefahren auch sind, die aus einer derartigen Gegenüberstellung hervorgehen würden, so läßt sich doch nicht verkennen, daß der Dualismus im Rechte ist gegenüber den autonomistischen Bestrebungen der Slaven, die mit Consequenz durchgeführt zu einer Zerbröckelung der Monarchie führen würden. Er ist im Unrecht gegenüber dem Princip der Einheit. Aber die Einheit läßt sich überhaupt nur erreichen, wenn es gelingt, Ungarn zum Hebel derselben zu machen und das ungarische und deutsche Element zum Kampfe gegen die zersetzenden Bestrebungen der Slaven zu vereinigen.

Da aber diese Vereinigung für den Augenblick unmöglich ist, so würde es allerdings als ein großer Fortschritt anzusehen sein, wenn durch die Kraft und das Uebergewicht des magyarischen Elements die dritte Gruppe, die bisher dadurch, daß sie einer jeden verkehrten kleinlichen Politik eine stets bereite Hand habe bot, nur einen verderblichen Einfluß auf die Monarchie ausgeübt hat, völlig gesprengt würde, wenn dies auch zunächst nur die Bedeutung hätte, daß den Deutschen und Magyaren allein der Kampfplatz überlassen würde. Denn es ist besser, daß die beiden feindlichen Hauptmächte scharf auf einander stoßen, als daß eine dritte Macht, die zum Vermitteln viel zu schwach, weil in sich zu-

sammenhanglos ist, die ihre Lebenskraft einzig aus der fortdauernden Rivalität der Ungarn und Deutschen schöpft, sich unausgesetzt zwischen die Kämpfenden schiebt, ohne doch im Stande zu sein, dem Reiche Frieden und Versöhnung zu geben. Oestreich bedarf einer Entscheidung, seine Existenz beruht darauf, daß das deutsche und ungarische Element in ein festes und friedliches Verhältniß zu einander treten. Die Grundlagen zu einem solchen Verhältniß können nur durch eine Auseinandersetzung zwischen den Betheiligten selbst gewonnen werden.

Und wenn einmal die Nationen selbst unmittelbar den Entscheidungskampf kämpfen sollen, wenn der Staat sich, so viel es möglich ist, von dem Kampfplatz zurückzieht, so entspricht die gegenwärtige Situation in der That den realen Verhältnissen. Denn die östreichische Nationalitätenkrisis hat bereits seit Schwarzenberg den Charakter eines Kampfes zwischen Deutsch-Oestreich und Ungarn angenommen. Die ziellosen slavischen Agitationen haben diese Thatsache keineswegs aufgehoben, höchstens zuweilen verhüllt. Ungarn hat den großen Vorzug in diesem Kampfe, daß es sich auf ein energisches Volksbewußtsein, auf ein tief eingewurzelttes Verfassungsleben und in Folge dessen auf eine glänzende Erfahrung im Gebrauche der parlamentarischen Waffen stützt. Es kann dem einsichtsvollen Oestreicher, nachdem Schmerlings Verfassungsexperiment mißlungen ist, auf die Dauer nicht verborgen bleiben, daß eine freiheitliche Entwicklung der Monarchie nur von Ungarn ausgehen kann, daß Ungarn der Kern eines constitutionellen Oestreichs ist, und daß der Deutsch-Oestreicher, wenn er Oestreicher bleiben will, nicht nach Frankfurt, sondern nach Pesth zu blicken hat. Es bleibt ihm eine große Culturmission, durch die deutsche Bildung das große Reich des Ostens zu beleben und zur Behauptung seiner Weltstellung tüchtig zu machen, seinen Zusammenhang mit dem Mittelpunkt und dem Westen Europas zu vermitteln. Dazu mögen die geistigen und bei weiterer Entwicklung die mercantilen Beziehungen zwischen Oestreich und Deutschland eifrig gepflegt werden; der politische Zusammenhang aber muß sich mehr und mehr lösen. Wenn officiöse Stimmen versichern, daß das neue System, weit entfernt das Band zwischen Oestreich und Deutschland lockern zu wollen, dasselbe nur noch fester zu ziehen beabsichtige, so kann man das kaum noch als Selbsttäuschung bezeichnen.

Als Ergebnis einer unbefangenen Betrachtung wird sich also herausstellen, daß das Schmerlingsche System durch die Fehler seines Vertreters unheilbar compromittirt war. Schmerlings Fall war unvermeidlich geworden, und mit ihm mußte auch sein System beseitigt werden. Denn die Opposition, die in den Reihen der im Allgemeinen seinem Systeme anhängenden Liberalen sich gebildet hatte, war unfähig eine selbständige Stellung zu gewinnen, da sie in allen wichtigen Punkten die Irrthümer und Fehler ihres alten Führers getheilt hatte. Daher gab es nach seinem Falle niemanden, der einen erneuten Versuch, die Reichskrisis auf dem Boden des Februarpatentes zu lösen, hätte unter-

nehmen können. Was in Folge dessen in Oestreich geschehen ist, ist ein Abdanken der Staatsidee zu Gunsten der elementaren Kräfte, die zu leiten die Aufgabe der Staatskunst ist. Man hat gehandelt wie ein Arzt, der, wenn seine Kunst erschöpft ist, nichts Anderes thun kann, als den Kranken seiner Natur zu überlassen. Das Experiment ist doppelt gefährlich in einem Augenblick, wo der Glaube an die europäische Nothwendigkeit Oestreichs stark erschüttert ist. Ob es zur Heilung oder Auflösung führen wird, das wird theils von Ungarn, theils aber auch davon abhängen, ob das deutsche Element kräftig genug ist, zu handeln statt zu resigniren und zu kritisiren, und einsichtsvoll genug, um seinen Illusionen über die Oestreich gebührende Machtstellung zu entsagen. Die Constitutionellen haben es nicht verstanden, in den Zeiten ihrer Macht die Ungarn als ebenbürtige Genossen zu behandeln, sie müssen sich jetzt darein finden, sich mit den siegreichen Rivalen über die Zukunft des Staates zu vereinbaren. Je fester sie auf sich selbst stehen, je entschiedener sie fallen lassen, was nicht zu halten ist, je kräftiger sie jedes Bündniß mit den Föderalisten abweisen, desto mehr Aussicht haben sie, den Dualismus durch Gründung eines deutsch-magyarischen Einheitsstaates zu versöhnen. In wie fern die Lage der auswärtigen Verhältnisse hemmend oder fördernd auf die Erreichung dieses Zieles einzuwirken vermag, wollen wir in einem zweiten Artikel betrachten.

---

## Preussische Kriegsschiffe und Colonien unter dem großen Kurfürsten.

Es war im Jahre 1674, als sich ein Holländer mit dem Anerbieten, den Brandenburgern gegen die Schweden mit Kriegsschiffen beizustehen, an den Kurfürsten Friedrich Wilhelm wandte. Der Mann hieß Benjamin Raule, war Kaufmann und schrieb aus dem Schuldgefängniß von Middelfahrt, in welches ihn das Mißverhältniß zwischen seinem Reichthum an Ideen und Plänen und seinem Mangel an den zur Ausführung derselben erforderlichen holländischen Dukaten und Gulden gebracht hatte. Mit ihm sich einzulassen konnte bedenklich scheinen, doch war sein Gedanke diesmal, so seltsam er uns jetzt vorkommen mag, der Beachtung nicht unwerth. Der Kurfürst stand mit dem größten Theil seines Heeres gegen die Franzosen am Rhein, die in Brandenburg zurückge-